



Kirche(n) in Europa – Suchet Europas Bestes

Bischofsbericht 2019 von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July vor der
15. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 21. März 2019



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG



Kirche(n) in Europa – Suchet Europas Bestes

Bericht des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg
Dr. h. c. Frank Otfried July vor der 15. Württembergischen
Evangelischen Landessynode am 21.03.2019

Einleitung: Nach Europa gerufen

Und Paulus sah eine Erscheinung bei Nacht: Ein Mann aus Makedonien stand da und bat ihn: „Komm herüber nach Makedonien und hilf uns!“ Als er aber die Erscheinung gesehen hatte, da suchten wir sogleich nach Makedonien zu reisen, gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen. (Apg 16,9f.)

Am Anfang meines diesjährigen Bischofsberichts steht dieser Text aus der Mitte der Apostelgeschichte. Den Apostel, der bisher nur in Kleinasien gewirkt hatte, erreicht ein Appell eines Mannes aus Europa. Paulus beantwortet seine Bitte, reist nach Makedonien – das ist der Beginn seines Wirkens in Europa. Er ist sich sicher, dass die Botschaft des Evangeliums Menschen erreichen wird, auch auf dem ihm bisher unbekanntem Kontinent.

Hier wird der erste christliche Blick auf Europa beschrieben. Dieser Blickrichtung möchte ich mit diesem Bischofsbericht folgen – in der Gewissheit, dass wir auch heute als europäische Christinnen und Christen, ja als Kirche berufen sind, Europa in besonderer Weise in den Blick zu nehmen. Denn der christliche Glaube will durch

Wir sind in der Gewissheit, dass wir auch heute als europäische Christinnen und Christen, ja als Kirche berufen sind, Europa in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

Wort und Tat in unseren konkreten Lebenszusammenhängen bezeugt sein, und wir bilden uns vor dem Hintergrund unseres Glaubens eine Meinung zu den Dingen, die wir wahrnehmen.

Der Auftrag für christliches Zeugnis, christliches Handeln bezieht sich natürlich immer auf die ganze geschaffene Welt Gottes und nicht nur auf einen bestimmten (Erd-)Teil. Dennoch ist Europa uns, die wir hier leben, in besonderer Weise zur Mitgestaltung aufgegeben. In Europa nehmen wir darum Spielräume der Mitsprache, der Wahl und der Positionierung und – nicht zuletzt – der Verantwortung wahr. Und das tun wir nicht allein als Bürgerinnen und Bürger, sondern ebenso sehr als Christinnen und Christen und als Kirchen in besonderer Verantwortung gegenüber unserem Glauben.

Unser Blick auf Europa beschränkt sich dabei nicht allein auf die Europäische Union, sondern wir beziehen die Länder, die zum europäischen Kontinent gehören und geographisch, kulturell, historisch mit uns verbunden sind, ebenfalls mit in unsere Vision von Europa mit ein (wie z.B. die Schweiz, Norwegen, die Balkanstaaten, und, auch in Zukunft, Großbritannien).

Dennoch zielen viele der Gedanken in diesem Bericht auf ein Europa, das sich auch politisch miteinander solidarisch zeigt, Werte und Normen und Verantwortung teilt, was sich natürlich auch in Form einer äußeren Zusammengehörigkeit zeigen muss.

Deswegen verbinde ich mit diesem Bischofsbericht auch die eindringliche Bitte, an der Europawahl teilzunehmen und mit Ihren Stimmen ein Europa zu stärken, das sich seiner Fundamente vergewissert und sich an deren Werten orientiert. Diese Anliegen verrete ich nicht nur in meiner Funktion als Leiter der Kommission für Europafragen der EKD. Sie sind mir auch im Blick auf unsere Landeskirche in Württemberg sehr wichtig. Die EKD-Synode hat sich in besonderer Weise mit Europa auseinandergesetzt und am 14. November 2018 in Würzburg zur anstehenden Europawahl 2019 aufgerufen.¹

Bitte nehmen Sie an der Europawahl teil und stärken Sie mit Ihren Stimmen ein Europa, das sich seiner Fundamente vergewissert und sich an deren Werten orientiert.

Damit weist die EKD auf den Beitrag und die Verantwortung der Kirchen in Europa und erinnert an die Charta Oecumenica von 2001 „mit ihrer Selbstverpflichtung zur Einigung Europas und zur Versöhnung der Völker und Kulturen, zum entschiedenen Eintreten gegen Nationalismus und zur Wertschätzung von Menschen anderen Glaubens.“² Sie erteilt Ausgrenzung, Extremismus und Fremdenhass eine klare Absage.“³

Einzelne geäußerte Kritik an der schwindenden Relevanz der Charta Oecumenica in den Kirchen Europas begegne ich heute darum mit der Bitte, dass sie auch im Hinblick auf die Europawahlen in unseren Gemeinden gelesen und diskutiert wird.

Jedes Kapitel des folgenden Bischofsberichts enthält auch einen Verweis auf entsprechende Selbsterklärungen der Charta.

- ¹ „Die Synode bittet den Rat der EKD, die Gliedkirchen sowie die Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen in Europa und die Konferenz Europäischer Kirchen,
1. sich aktiv an der Debatte um die Zukunft der EU zu beteiligen und innerhalb der Kirchen Foren für Diskussionen über die Frage zu schaffen, welches Europa wir vor dem Hintergrund christlicher Grundüberzeugungen wollen,
 2. ökumenische Partnerschaften und grenzüberschreitende Netzwerke einzubinden, um Spaltungen zu überwinden und Nationalismus und Extremismus entschieden zu begegnen,
 3. auf die politische Bedeutung der Europawahlen im Mai 2019 aufmerksam zu machen und zur Beteiligung an den Wahlen aufzurufen sowie
 4. insbesondere junge Menschen als Erstwählerinnen und Erstwähler zur Teilnahme an den Wahlen zu motivieren“ (EKD, Beschluss der 12. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 5. Tagung zur Europawahl 2019).
- In der EKD-Beschlussfassung heißt es weiter: „Wir brauchen einen europaweiten öffentlichen Diskurs über unsere gemeinsamen Werte und Interessen. In diesem Diskurs sind die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sowie der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) (...) bewährte Akteure. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt deshalb den Offenen Brief der Konferenz Europäischer Kirchen, in dem diese den Dialog mit den Kirchen und ihren Mitgliedern in den Staaten Europas sucht“ (EKD, „So wirst du leben“ (Lk 10,28). Europa in Solidarität – Evangelische Impulse. Kundgebung. Beschlüsse der 3. Tagung der 12. Synode der EKD, 6. bis 9. November 2016 in Magdeburg).
- ² Konferenz Europäischer Kirchen (Hg.), Charta Oecumenica. Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa, Straßburg 2001.
- ³ EKD, „So wirst du leben“ (Lk 10,28). Europa in Solidarität – Evangelische Impulse, Magdeburg 2016.

Die Kirchen in Europa stehen in gegenseitigem Austausch und wissen sich miteinander verbunden. Das zeigte sich exemplarisch an der Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) im September 2018 in Basel.

Unsere Landeskirche engagiert sich in vielfältiger Weise in europäischen Netzwerken und Partnerschaften und ist mit vielen Gegenden Europas vernetzt. In nationenübergreifender und ökumenischer Verbundenheit wollen wir als Kirchen daher Jesus Christus bezeugen und ein Europa stärken, das an der Seite der Schwachen steht.

In nationenübergreifender und ökumenischer Verbundenheit wollen wir als Kirchen daher Jesus Christus bezeugen und ein Europa stärken, das an der Seite der Schwachen steht.

Als Kirchen lassen wir uns deshalb wie Paulus heute nach Europa rufen – mit der Botschaft des Evangeliums, wie sie Paulus im Galaterbrief ausgesprochen hat: *„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28).*

1. Fundamente

a. „Wie hältst du es mit Gott, Europa?“

Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der HERR von dir fordert: nichts als Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott. Des HERRN Stimme ruft über die Stadt – und weise ist es, deinen Namen zu fürchten! (Mi 6,9)

„Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist mit dir los, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen ...?“⁴

Mit diesen Worten, die Papst Franziskus 2016 in seiner Karlspreisrede an seine Zuhörenden und an ganz Europa richtete, rüttelte er viele Menschen auf. Seit 2014 suchte die Europäische Union nach einer gemeinschaftlichen Lösung für einen menschenwürdigen Umgang mit vielen Flüchtlingen, die nach Europa drängten.

Es scheint paradox: Zum einen war und bleibt Europa der große Magnet für Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika. Für diese Menschen, die alles verloren haben, erscheint Europa zunächst wie eine Insel der Seligen. Zugleich erwiesen sich auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als kleinmütig, blockiert und egoistisch. Zahlreiche Länder verweigerten einen gemeinsamen abgestimmten Ansatz zur Aufnahme von Geflüchteten.

Für mich und für viele Christinnen und Christen Europas ist und bleibt das ein Skandal. „Was ist mit dir los, Europa?“ Diese Frage stellen sich viele und verweisen dabei nicht nur auf das Erbe Europas, sondern auf den EU-Vertrag von Lissabon, der nach jahrelangen Verhandlungen 2009 in Kraft getreten ist. In ihm ist festgehalten, welche Bedeutung man dort der Verteidigung der allgemeinen Menschenrechte zukommen lässt.

Neben dem Ideal des Friedens ist die Wahrung der Menschenrechte und damit der Würde des Einzelnen das Wertegerüst, auf das sich die EU-Verfassung stützt. Mit Verweis auf die Grundrechtecharta der EU bekennt sich der Lissaboner Vertrag neben den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auch und besonders zur Achtung der Menschenrechte.

Es bleibt allerdings die Frage, wie viel *praktische* Bedeutung die Wahrung der Menschenwürde in der EU auch für die Menschen hat, die nicht der EU angehören.

⁴ Zitiert nach <http://www.karlspreis.de/de/preistraeger/papst-franziskus-2016/rede-von-sh-papst-franziskus>.

Die Antwort auf diese brisante Frage kann uns nicht gleichgültig sein. Es geht um die Zukunft Europas!

Der flammende Appell von Papst Franziskus, den er bereits 2014 vor dem EU-Parlament in Straßburg an die Bürger Europas richtete, verdient bis heute wiederholt zu werden: „Es ist der Moment gekommen, den Gedanken eines verängstigten und in sich selbst verkrümmten Europas fallen zu lassen, um ein Europa zu erwecken und zu fördern, das ein Protagonist ist und Träger von Wissenschaft, Kunst, Musik, menschlichen Werten und auch Träger des Glaubens ist. Das Europa [...], das auf den Menschen schaut, ihn verteidigt und schützt; das Europa, das auf sicherem, festem Boden voranschreitet, ein kostbarer Bezugspunkt für die gesamte Menschheit!“⁵

Ähnlich engagiert hat sich auch die Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) geäußert, ebenso der Lutherische Weltbund (LWB). Wenn ich persönlich auf diese Zeit seit 2014 zurückblicke, fällt mein Urteil höchst ambivalent aus: Ich erinnere mich an die ausgezeichnete Kooperation mit vielen kleinen lutherischen Kirchen wie etwa in Ungarn und an ihren mutigen Bischof Tamás Fabiny, der sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen einsetzt, an viele länderübergreifende Kooperationen und Projekte, wie etwa durch das Gustav-Adolf-Werk, die sich entschlossen für Flüchtlinge einsetzen.

Ich sehe aber auch das Erstarken eines neuen Nationalismus, der nicht nur Parteien und Parlamente infiziert hat, sondern zum Teil auch Kirchen, und der uns in Europa den Spiegel vorhält. Wo laufen wir Gefahr, aus partikularen Interessen den Anspruch universal gültiger Menschenrechte zu opfern?

Als Kirchen haben wir in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Aufgaben: Das Evangelium in Wort und Tat zu verkündigen und die Gewissen der Bürgerinnen

und Bürger, der Politikerinnen und Politiker zu schärfen.

Als Kirchen haben wir in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Aufgaben: Das Evangelium in Wort und Tat zu verkündigen und die Gewissen der Bürgerinnen und Bürger, der Politikerinnen und Politiker zu schärfen.

„Was ihr einem meiner geringsten Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr mir getan“, sagt Christus (Mt 25,40).

Unser Platz als Kirchen Europas ist mehr denn je an der Seite der Randständigen, der Entrechteten, der Schwachen und der Verfolgten. Wir haben eine bleibende diakonische Berufung. Das gilt aktuell besonders für das Eintreten für die Rechte Geflüchteter.

⁵ https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html.

In der Pariser Erklärung zu Asyl und Migration vom 7. März 2019, zu deren Erstunterzeichnern auch die Diakonie Deutschland gehört, wird dies konkret in der Forderung unbedingter Beachtung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung an allen Grenzen Europas und dem Vorrang der Seenotrettung und sofortiger Aufnahme von auf See geretteten Menschen sowie der Stärkung der Rolle der Städte und Kommunen bei der Integration von Asylbewerbern und Geflüchteten.

In der Pariser Erklärung zu Asyl und Migration vom 7. März 2019 wird dies konkret in der Forderung unbedingter Beachtung des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung an allen Grenzen Europas und dem Vorrang der Seenotrettung und sofortiger Aufnahme von auf See geretteten Menschen sowie der Stärkung der Rolle der Städte und Kommunen bei der Integration von Asylbewerbern und Geflüchteten.

Auf europäischer Ebene haben sich bereits im Jahr 1997 Werke, die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen anbieten und sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, zum Netzwerk Eurodiaconia zusammengeschlossen und repräsentieren gemeinsam Bedürfnisse und Erfahrungen von 48 nationalen und regionalen Organisationen in 32 Ländern.⁶

Nun sehe ich daneben noch eine zweite Aufgabe. Bereits der Vertrag von Amsterdam von 1997 und dann der EU-Vertrag von Lissabon 2009 hat den Kirchen Europas das Recht eingeräumt, einen offenen, regelmäßigen und transparenten Dialog mit Brüssel zu führen zu relevanten Themen der EU-Politik, die auch die Kirchen umtreiben. Das geschieht u.a. in verschiedenen Dialogformaten mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission.

Der Europa-Abgeordnete Elmar Brok betonte kürzlich erneut, die Kirchen sollten dieses Recht in Zukunft stärker als bisher nutzen.⁷ In gegenwärtigen wie zukünftigen Konflikten um die praktisch-politische Bedeutung der Menschenrechte sollten sich die Kirchen deutlicher als bislang Gehör verschaffen.

Die Aufgabe der Kirchen ist es meines Erachtens, immer wieder an die Verankerung der unterschiedslosen Menschenwürde aller Menschen in einem explizit religiösen Zusammenhang zu erinnern. Auch in den laizistisch geprägten frankophonen Ländern der EU wird die Bedeutung der Religion als eine Quelle für die Ausbildung universaler Menschenrechte anerkannt. Im EU-Vertrag heißt es daher, die EU und mit ihr alle ihre Bürger schöpfen „aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben“.⁸

⁶ Vgl. <https://www.eurodiaconia.org>.

⁷ Gott steht nicht drauf, ist aber drin (Interview mit Elmar Brok und Navid Kermani), Publik-Forum Nr. 1/2019, 30.

⁸ Präambel EUV Egrd. 2.

Diese Formulierung war das Ergebnis eines jahrelangen Streits um die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel des EU-Vertrags. Mir ist bewusst, dass der Streit um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung seit dem Vertrag von Lissabon juristisch entschieden ist. Die Kirchen haben sich damals für einen solchen Gottesbezug eingesetzt.

Die Kirchen haben sich damals für einen solchen Gottesbezug eingesetzt.

Hält er doch im Bewusstsein, dass dem einzelnen Menschen ein Maß gesetzt ist und er andere Menschen nicht instrumentalisieren darf.⁹

Diktatoren aller Couleur lieben einen solchen Gottesbezug nicht, weil ihnen unerträglich ist, dass noch etwas Größeres als sie selbst gedacht werden kann. Der Gottesbezug erinnert Menschen an ihre Verantwortung, andere Menschen, anderes Leben nie zur Verfügungsmasse werden zu lassen, weil der Mensch auf Gemeinschaft,

Der Gottesbezug erinnert Menschen an ihre Verantwortung, andere Menschen, anderes Leben nie zur Verfügungsmasse werden zu lassen.

auf ein dialogisches Aufeinander-Bezogenheit hin geschaffen ist, welches er mit Verantwortung vor Gott und Solidarität zu den Mitgeschöpfen gestaltet.

Mich treibt die Sorge um, dass in unserem Europa, in dem noch immer die Mehrzahl der Bürger einer christlichen Kirche angehören, die Achtung der Menschenwürde zwar politisch als Grundrecht verankert ist, faktisch aber im Krisenfall ausgehöhlt wird. Dies wird leider befördert, wenn der Zusammenhang zum christlichen Menschenbild und zu dem Gott, der uns Menschen ins Leben ruft, lediglich als eine Tradition unter vielen erinnert wird.

Es ist daher dringend geboten, die normative Kraft eines solchen Menschenbildes gerade für die Christen in der EU stärker als bislang zu betonen: durch das Eintreten für den Gottesbezug in Regionalverfassungen¹⁰, durch die Mitwirkung bei der Umsetzung der Leitlinien für Religions- und Weltanschauungsfreiheit und schließlich durch eine neue Leidenschaft für den Wert des Lebens an sich.

⁹ Man unterscheidet beim Gottesbezug in Verfassungen die sog. *Invocatio Dei* (die Anrufung Gottes in der Verfassung mit der Selbstverpflichtung, Gott als Autor oder als klare Referenz anzuerkennen) von der *Nominatio Dei* (Nennung Gottes als Demutsformel). Nur um Letztere geht es in der europäischen Verfassungsdiskussion.

¹⁰ Im Vorspruch der Verfassung des Landes Baden-Württemberg findet sich der Gottesbezug: „Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, dem Frieden zu dienen, das Gemeinschaftsleben nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern, und entschlossen, dieses demokratische Land als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa, dessen Aufbau föderativen Prinzipien und dem Grundsatz der Subsidiarität entspricht, zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken, hat sich das Volk von Baden-Württemberg in feierlichem Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten und den Grundrechten der Deutschen kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt durch die Verfassunggebende Landesversammlung diese Verfassung gegeben.“

Wenn die Würde des Menschen unveräußerliches Grundrecht bleiben soll, braucht es auch die starke Stimme von Menschen, die sich durch Gott rufen lassen und getragen wissen.¹¹ Ein Europa, das darauf verzichtet, schwächt sein eigenes Fundament.

Kirchengemeinden handeln gemäß dieser Gotteserfahrung durch ihre öffentliche Präsenz in Wertedebatten. Mit ihrem Eintreten etwa für den Sonntagsschutz, das ungeborene und geborene Leben oder die Rechte von Geflüchteten stärken sie das biblische Ethos in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft und erinnern in Gesprächen, Begegnungen und nicht zuletzt öffentlichen Gottesdiensten, welche Bedeutung Gott für das Leben einzelner Menschen und damit für ein ganzes Gemeinwesen haben kann.

b. „Humanität braucht Erinnerung“ – der bleibende Auftrag von Auschwitz¹²

Er sprach: ... soll ich meines Bruders Hüter sein? – Gott aber sprach: Was hast du getan? Die Stimme des Blutes deines Bruders schreit zu mir von der Erde. (Gen 4,9b.10)

Wer seinen Bruder liebt, der bleibt im Licht, und durch ihn kommt niemand zu Fall. (1Joh 2,10)

Im Herbst 2018 konnte man sich wieder daran erinnern: Die Sehnsucht, der Wille zu einem vereinigten Europa der Menschenrechte ist auch aus Finsternis und Schrecken geboren. Der Herbst 2018 gemahnte nicht nur an das Ende des Ersten Weltkrieges, des Gemetzels der Nationen Europas und darüber hinaus, sondern auch an die Reichspogromnacht am 9. November 1938, des Tages, an dem vor den Augen aller Waren-, Wohn- und Gotteshäuser brannten. Dieser Tag steht im Kontext der schrecklichen Verfolgung und Ermordung von Juden, Sinti und Roma sowie Angehörigen verschiedener anderer Minderheiten (z.B. Homosexueller) wie auch von politisch Widerständigen. Das nationalsozialistische Deutschland infizierte auch andere Länder Europas (bzw. deren Marionettenregierungen) mit der Pest ihrer menschenverachtenden Ideologie.

Um zu verstehen, warum wir Europa als Bündnis der Humanität brauchen, müssen wir die Erinnerungsorte nicht nur von Verdun, sondern gerade auch von Warschau und Auschwitz besuchen (und hier bei uns zum Beispiel die vielen Arbeits- und KZ-Außenlager wie Heuberg, Hailfingen-Tailfingen und Orte des Massenmords in den Anstalten wie z.B. Grafeneck).

¹¹ Vgl. nochmals die Rede von Papst Franziskus 2014, s.o.: „Gerade ausgehend von der Notwendigkeit einer Öffnung zum Transzendenten möchte ich die Zentralität des Menschen bekräftigen, der andernfalls zum Spielball der Moden und der jeweiligen Mächte wird. In diesem Sinne halte ich nicht nur das Erbe, welches das Christentum in der Vergangenheit der soziokulturellen Gestaltung des Kontinentes überlassen hat, für grundlegend, sondern vor allem den Beitrag, den es heute und in der Zukunft zu dessen Wachstum zu leisten gedenkt.“

¹² Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 10 („Gemeinschaft mit dem Judentum vertiefen“).

Ja, die Sehnsucht nach einem friedlichen Europa ist aus Schmerz, aus Schrecken, aus Schuld geboren: Ich frage – wissen das die Europäerinnen und Europäer heute noch? Denn die Geburtsschmerzen haben die, die nun über Europa bestimmen, zumeist nicht mehr am eigenen Leibe erfahren. Diese späte Geburt, die die Schrecken europäischen Blutvergießens nur noch aus Erzählungen oder Büchern kennt, ist – das vieldiskutierte Diktum H. Kohls aufgreifend – nicht nur „Gnade“.

Sie hat eine Konsequenz, die so verstörend wie einleuchtend ist: „Gerade der Erfolg des Friedensprojektes [Europa] hat ihm vielerorts seine begeisternde Wirkung genommen“¹³. Hinzu kommt, dass eine Mehrheit der heute in Deutschland lebenden Menschen weder sich noch ihre Familie zu den Opfern der Gewaltverbrechen des Nationalsozialismus zählen (wo Täterschaft vorhanden war, sind die Spuren oft verwischt oder interessieren nicht).

Für diese große Gruppe scheint Auschwitz lang „aus und vorbei“. Dass es Opfern und ihren Angehörigen anders geht, dass die erlebte Gewalt Familien und ganze ethnische, religiöse und soziale Gruppen bis in die Gegenwart prägt, wird dabei oftmals ausgeblendet. Wenn Auschwitz nicht mehr als Teil der eigenen Geschichte, sondern als vergangen und vorbei wahrgenommen wird – was sind die Konsequenzen für Europa?

Ganz Europa mit allen Ländern innerhalb oder außerhalb der EU muss den Auftrag zu Humanität und Frieden, der der Mahnung von Auschwitz entspringt, als das Zentrum seines Handelns verstehen.

Ganz Europa mit allen Ländern innerhalb oder außerhalb der EU muss den Auftrag zu Humanität und Frieden, der der Mahnung von Auschwitz entspringt, als das Zentrum seines Handelns verstehen.

Das Gedenken an Auschwitz erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus und macht Europäerinnen und Europäer heute zugleich aufmerksam auf die Lage der Menschenrechte weltweit.

Ein Seismograph für die Bedrohung der Menschenrechte ist nicht zuletzt die Art und Weise, wie über Auschwitz gesprochen wird – neuerdings auch wieder von einzelnen deutschen Parlamentariern. Besonders hellhörig werden wir angesichts solcher Narrative, nach denen Auschwitz zwar als singulär, aber lediglich als Ausrutscher, als „Patzer“ in einer im Ganzen eher unproblematischen deutschen Geschichte verstanden wird. Es soll demgemäß unser Selbstbild nicht beschädigen und uns in der Gegenwart nicht mehr beschäftigen. Dieses Narrativ lehnen wir ab, nicht nur aus historischer Sicht, sondern vor allem im Sinne des Auftrags, den uns Überlebende der Schoah im Gedenken der Opfer mit auf den Weg gegeben haben: Auschwitz darf nicht wiedergeschehen.

¹³ EKD, „So wirst du leben“ (Lk 10,28). Europa in Solidarität – Evangelische Impulse, Magdeburg 2016.

Wer diesen Satz als Auftrag ernst nimmt, der rechnet damit, dass Auschwitz in Europa möglich war und weiter möglich ist. Ja, Verdun, aber vor allem Auschwitz stören ein glattes Selbstbild Europas – und sie sollen, müssen es weiterhin tun. Verleugnung von Auschwitz macht neue Verbrechen möglich. Wir stellen uns der Realität dieser Möglichkeit und nehmen mit Ernst die Aufgabe wahr, vor uns selbst auf der Hut zu sein.

Liturgisch verankert ist das Gedenken an die Opfer von Verfolgung und Ermordung, das Gedenken an Auschwitz, mit der Einführung der neuen Perikopenordnung am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz, der seit 2006 als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts begangen wird. Mit der Aufnahme dieses Tages in das Kirchenjahr ist dieser Tag damit auch sichtbar ein Teil unseres kirchlichen Selbstverständnisses.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg ist dem Auftrag zu Dialog, Versöhnung, Aufarbeitung und dem Einsatz für Minderheiten- und Menschenrechte bleibend verpflichtet.

Das hat sie speziell im Blick auf das Judentum in mehreren Stellungnahmen festgeschrieben. Wir haben erneut die grundsätzliche Verbundenheit von Christen und Juden bekräftigt und uns im Blick auf die Schoah zur Erinnerung, zur Umkehr und zur Versöhnung verpflichtet.¹⁴

Mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Welt und den Synagogen in Württemberg gibt es Begegnungen und intensiven Austausch. Und wir beziehen klar Stellung gegen jegliche Form von Antisemitismus.

Wir wissen, dass für viele Jüdinnen und Juden der Staat Israel nach wie vor – in mehrfachem Sinne – ein „Fluchtpunkt“ ist. Mit Erschrecken werden wir Zeugen antisemitischer Vorfälle und Verbrechen in Europa, die viele Jüdinnen und Juden erneut zur Ausreise, zur Flucht nach Israel bewegen.

Erst im letzten Jahr haben wir uns in Mitfreude und Dankbarkeit den Glückwünschen zum 70-jährigen Bestehen des Staates Israel angeschlossen, dessen Bürgerinnen und Bürger – nach einem Zitat Gollwitzers – „nicht wegen uns, sondern trotz uns“ Deutschen dort leben können.¹⁵ Die besondere Verbundenheit mit dem Staat Israel bedeutet selbstverständlich nicht, die jeweiligen politischen Entscheidungen einer jeweiligen Regierung stets in Gänze gutzuheißen.

¹⁴ Evangelische Landeskirche in Württemberg, Die Erklärungen der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zur Verbundenheit von Christen und Juden, Stuttgart 2018 (https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Leben/Interreligioeser_Dialog/Web_OKR_Broschuere_Christen_und_Juden.pdf).

¹⁵ Evangelische Landeskirche in Württemberg, 70 Jahre Staat Israel. Grund zur Mitfreude für uns Christen, Stuttgart 2018 (https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Leben/Interreligioeser_Dialog/WEB_Broschuere_70_Jahre_Israel.pdf).

Die Solidarität mit dem demokratischen Staat Israel umfasst auch kritische Nachfragen zur Wahrung der Menschenrechte und zur Situation in den palästinensischen Gebieten, und wir pflegen Kontakte besonders mit den Kirchen, den Christinnen und Christen in Israel und den palästinensischen Gebieten.

Wiewohl in unserer Landeskirche verschiedene Meinungen zur aktuellen Politik Israels miteinander streiten, stehen die Anerkennung der Existenz Israels und

Die Anerkennung der Existenz Israels und die kompromisslose Stellungnahme gegen jede Form von Antisemitismus stehen außer Frage.

die kompromisslose Stellungnahme gegen jede Form von Antisemitismus außer Frage.

Damit verbindet sich für viele die Ablehnung der Kampagne „Boycott – Divest – Sanction“ (BDS), schon deshalb, weil manche ihrer Vertreter

und Vertreterinnen Israels Existenzrecht nicht anerkennen bzw. Unklarheiten erkennen lassen.

Ich verweise auch auf die Erklärung der Evangelischen Akademie Bad Boll zu einer Tagung, die heftige Reaktionen ausgelöst hat. Auch ich selbst habe hier zahlreiche Gespräche geführt. Das Kollegium des Oberkirchenrats hat sich kritisch mit dieser Tagung auseinandergesetzt, ohne die Autonomie einer evangelischen Akademie grundsätzlich in Frage zu stellen.

Das Kuratorium der Akademie wendet sich im Nachgang zu dieser Tagung gegen jede Form des Antisemitismus und der Infragestellung des Existenzrechts Israels. Sie will ihrem eigenen Anspruch nach zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten Brücken bauen. Sie überprüft, wie dieses Anliegen in Zukunft besser gelingen kann.

Auch im Blick auf andere Minderheiten, deren Angehörige Opfer des Nationalsozialismus wurden, beziehen wir Stellung: Die Landeskirche positioniert sich gegen Antiziganismus¹⁶ und damit auch gegen jede rassistisch begründete Ablehnung von Angehörigen nationaler Minderheiten¹⁷ oder Aus-

¹⁶ Vgl. Frank Otfried July, Von Gott angesehen. Einander sehen in Kirche und Gesellschaft. Bischofsbericht 2018 von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July vor der 15. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 8. März 2018, 21f. (https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Landesbischof/Bischofsberichte/Bischofsbericht_2018_-_Von_Gott_angesehen_-_einander_sehen_in_Kirche_und_Gesellschaft.pdf).

¹⁷ In Deutschland zählen neben Sinti und Roma die Gemeinschaften der Sorben, Dänen und Friesen zu den anerkannten nationalen Minderheiten. – Beispiele für Angriffe auf Rechte oder auf Leib und Leben der Angehörigen von Minderheiten sehen wir in ganz Europa, sie sind meistens rechtsradikal motiviert. So werden Sorben im Osten Deutschlands Opfer neonazistischer Attacken; Sinti und Roma erfahren Vorurteile und Benachteiligungen in Deutschland und noch mehr in den Ländern Europas, wo sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Versuche struktureller Diskriminierung gibt es immer wieder auch auf politischer Ebene. Beispiele sind der Antrag der AfD in Sachsen 2018 zur Zählung und gleichzeitigen Erfassung der Schulpflichterfüllung von Sinti und Roma, der als grundgesetzwidrig eingestuft wurde, oder die Forderung von Italiens Innenminister Salvini und des lombardischen Parlaments nach der – in Italien ebenfalls rechtswidrigen – Erfassung der dort lebenden Roma.

ländern und tritt für das Lebensrecht und die unverletzliche Würde jedes Menschen, egal welcher Begabung, welcher Eigenschaften, welchen Alters und Gesundheitszustands, ein. Eine Europapolitik der Menschenwürde ist immer Politik auch für Minderheiten.

Kirchengemeinden werden darin bestärkt und aufgefordert, den Auftrag zur Versöhnung und zum Einsatz für Menschenrechte, Minderheitenschutz und Rechtstaatlichkeit und den Abbau von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen (Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit) vielfältig wahrzunehmen, wie dies bereits vielerorts geschieht.

Ich bitte die Kirchengemeinden, die Gedenktage an die Opfer von Verfolgung mit Gottesdiensten, Andachten und Veranstaltungen zu würdigen und zum Anlass zu nehmen, um zum Engagement für Menschenrechts- und Minderheitenschutz aufzurufen und selbst dieses Engagement wahrzunehmen. Gruppen, Initiativen und Stimmen, die die Schuld der Vergangenheit aus der Verdrängung hervorholen und aufarbeiten und einen wachsamem Blick für die Lage der Menschenrechte in Gegenwart und Zukunft haben, sollen gestärkt und in den Gemeinden gehört werden.

Wo dies noch nicht geschieht, möchte ich deutlich ermutigen, das Gespräch mit diesen Gruppen zu suchen. Ich denke an Gedenkinitiativen, die die Vergangenheit der Kommunen, Länder und Kirchengemeinden aufarbeiten, sowie an Bürgerrechtsinitiativen und an die Vertretergruppen von Minderheiten (Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma), die Veränderungen von Stimmung und Rechten in Deutschland meist als Erste und am eigenen Leib erfahren.

2. Gemeinsame Werte

a. Europa – mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft¹⁸

Hasst das Böse und liebt das Gute, richtet das Recht auf ... (Am 5,15a)

Wenn jemand spricht: Ich liebe Gott, und hasst seinen Bruder,
der ist ein Lügner. (1Joh 4,20a)

Am Beginn dieser Europäischen Union stand die Bildung der Montanunion im Jahr 1950. Deren Ziel: die Vergemeinschaftung der Grundstoffe Kohle und Stahl. Zwei verheerende Weltkriege hatten Europa ins Mark getroffen. Offensichtlich hatte man begriffen: Verdeckt durch die Ideologien des Nationalismus und Rassismus ging es in den Kriegen immer auch um den Zugang zu Rohstoffen. Kein Wunder also, dass bei Politikern am Anfang die Frage stand: Wie bekommen wir unsere wirtschaftlichen Interessen geregelt ohne Krieg?

Als 1990 der Eiserne Vorhang fiel, haben die Menschen in den östlichen Nachbarländern sich an der neuen Freiheit gefreut. Aber sie wollten auch an dieser EWG teilhaben und möglichst schnell Mitglied werden.

Das Gelingen der Wirtschaftsgemeinschaft und die lange Einübung in Aushandlungsprozesse haben den nächsten Schritt ermöglicht: die Bildung der EU. In Artikel 6 des Vertrags von Maastricht werden ihre grundlegenden Werte

genannt: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit ...“

Als Kirche können wir es nur begrüßen, dass Menschen nicht auf ihre Rolle und ihr Funktionieren in der Wirtschaft reduziert werden. Der Begriff des Wertes gehört nicht allein der Ökonomie. Menschenwürde und Menschenrechte sehen wir in der Geschöpflichkeit des Menschen und im Ebenbild Gottes begründet und haben uns deswegen auch immer wieder einzubringen im Dialog über die wirtschaftlichen Fragen in Europa.

Gerade in den Zeiten der EU-Erweiterung war eine Rückbesinnung auf verbindende Werte notwendig. So bedurfte es einer ausgesprochenen, neuen Verständigung über die gemeinsamen Werte, die schließlich

vertraglich fixiert wurden. Als Kirche können wir es nur begrüßen, dass Menschen nicht auf ihre Rolle und ihr Funktionieren in der Wirtschaft reduziert werden.

¹⁸ Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 7 („Europa mitgestalten“): „Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen. Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben, den Wert von Ehe und Familie, den vorrangigen Einsatz für die Armen, die Bereitschaft zur Vergebung und in allem die Barmherzigkeit.“

Der Begriff des Wertes gehört nicht allein der Ökonomie. Menschenwürde und Menschenrechte sehen wir in der Geschöpflichkeit des Menschen und im Ebenbild Gottes begründet und haben uns deswegen auch immer wieder einzubringen im Dialog über die wirtschaftlichen Fragen in Europa.

Durch den Vertrag von Lissabon gilt für die EU und ihre Mitgliedsstaaten seit 2009 dieser Wertekanon: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.

Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“ (Artikel 2 EUV).

Eine wichtige Herausforderung ist die technologische Entwicklung. Die Digitalisierung unterstützt die Werteverchiebung hin zu maximaler Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz prägen bereits vorhandene Strukturen in Gesellschaften weiter aus: In China weiß der Staat mittlerweile mehr über seine Bürgerinnen und Bürger, als wir es uns vorstellen können; social scoring ist ein Mittel unter anderen, Macht auszuüben.

In den USA und mit weltweiter Wirkung ist es Google, ein Unternehmen, das Geld mit den Daten der Kunden verdient. Mit deren Hilfe schaffen sie die Informations-Blasen, in denen wir uns den kritischen Austausch vom Hals halten, der für die Demokratie unbedingt nötig ist. Wir brauchen jedoch den Widerstreit der Meinungen und Argumente, auch in der Kirche.

Die EU, Europa sieht sich unter Druck gesetzt: Auf der einen Seite durch das chinesische Modell, auf der anderen durch das amerikanische. In China soll alle Macht dem Staat zufließen, in den USA möglichst viel Macht den Unternehmen. Beide Modelle sind offenkundig wirtschaftlich erfolgreich. Unter diesen Kräfteverhältnissen ist klar, dass die Staaten der EU nur gemeinsam bestehen können.

Wir Europäer haben die große Chance, zwischen dem amerikanischen und dem chinesischen Weg einen dritten Weg zu gehen. Denn wir im- und exportieren nicht nur Waren, sondern wollen dies auch auf Grundlage ethischer Wertvorstellungen tun. Ein Beispiel für die Durchsetzung von Werten, die Menschen vor Wirtschaft und Staat schützen, das bei uns in der Kirche zunächst für viel Verdross gesorgt hat, ist die Datenschutz-Grundverordnung, in Kraft seit Frühjahr 2016. Viele Mitarbeitende der Kirche sahen sich plötzlich gefordert, ihre Gruppen und Kreise anders anzusprechen als gewohnt und im Bewusstsein des Datenschutzes zu kommunizieren. Das machte oft Mühe.

Mittlerweile wird aber mehr und mehr erkennbar, dass diese Verordnung Standards setzt, auch Wertestandards: die einzelne Person wird nicht als Objekt eines Staates oder eines Unternehmens verstanden, sondern als Mensch mit einer unverlierbaren Würde.

In diesem Bereich bietet also diese Verordnung einen Hebel, der Allmacht von Unternehmen wie Google, Facebook und anderen Internetriesen in der EU mit den Mitteln des Rechts entgegenzutreten.

Ich danke allen in Politik und Gesellschaft und in unseren Kirchengemeinden und in der Synode, die diese Werte leben: die für Frieden eintreten, für die Umwelt und für die Menschen, die unter die Räder zu kommen drohen oder gekommen sind.

Ich danke auch unseren Prälatischen und Prälatischen, die in ihren jeweiligen Sprengeln in vielerlei Weise Gespräche und Kontakte zu Wirtschaft, Gewerkschaften, Landwirtschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen pflegen.

Da wird oft deutlich, dass auch in unserer Gesellschaft die Frage nach ethischer Verankerung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse nach wie vor gestellt wird.

Als Landeskirche wollen wir zusammen mit unserer Diakonie nach Kräften vor Ort im Sinne Christi wirken. Als Glaubensgemeinschaft bringen wir uns in die europäische Wertegemeinschaft ein. Ein soziales Europa gehört darum zu unseren Leitbildern. Wir arbeiten am Friedens- und Lebensprojekt eines sozialen Europas mit – indem wir es vor Ort auf das Leben der Menschen hin durchbuchstabieren und für sie erfahrbar machen.

b. Europas Rolle in der Einen Welt¹⁹

... du sollst ein Segen sein. (Gen 12,2)

Die EU kann sich nur im vollen Sinne als Friedens- und Versöhnungsprojekt verstehen, solange sie diesen Auftrag auch im Blick auf seine Beziehung zur übrigen Welt versteht. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018, hat herausgearbeitet,²⁰ dass die Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts die öffentliche Konzentration auf die zwei Weltkriege und die Schoah befördert und den Blick auf eine andere Zeit weitgehend verdeckt: die europäische Kolonialgeschichte.

¹⁹ Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 7 („Europa mitgestalten“): „Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.“

²⁰ Aleida Assmann, Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte, München 2018.

Dabei standen im heutigen Namibia (kolonialisiert „Deutsch-Südwestafrika“) die ersten deutschen Konzentrationslager. In diesen Lagern, die man – nach dem Vorbild der britischen concentration camps im Burenkrieg – errichtete, wurde eine aus Rassismus und deutschem Überlegenheitsgefühl gespeiste politische Haltung deutlich (die dann ja später in Europa weitere Erscheinungsformen zeigte).

Dass – vielleicht gerade durch die Ausblendung oder Verharmlosung der kolonialistischen Vergangenheit – eine hegemoniale Grundhaltung die Länder Europas bis heute prägt, ja sogar geradezu entscheidendes gemeinsames Merkmal der europäischen Kulturen ist, beobachtet der bisherige Generalsekretär der GEKE, Bischof Prof. Dr. Michael Bünker: „Vor allem sind wir Europäerinnen und Europäer über alle Grenzen hinweg miteinander tief verbunden durch die Tatsache, dass wir eine imperiale Lebensweise führen, die auf Kosten der Natur und auf Kosten der Nachkommen sowie auf Kosten der Menschen in den Ländern des Südens geht.“²¹ So lässt sich mit Blick auf das späte 20. und 21. Jahrhundert weniger von einer Entkolonialisierung als vielmehr einer Neu-Kolonialisierung der Länder der Südhalbkugel sprechen.²²

Dass heute auch China ungeheuren wirtschaftlichen Einfluss auf Afrika ausübt, mindert nicht die Tatsache, dass wir Europäer bis heute von seinem Ressourcenreichtum und dessen Ausbeutung in ethisch bedenklicher Weise profitieren. Viele Nationalstaaten stellen sich diesem Erbe nur widerwillig oder gar nicht.

Vielleicht kann Europa gemeinsam leichter den Weg einer selbstkritischen Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und Hinterfragung der weiterhin bestehenden neo-kolonialen Haltungen und Handlungen gehen. Kirchen setzen sich für ein Europa ein, das sich für den Frieden und die Heilung der Einen Welt in Dienst nehmen lässt.

Vielleicht kann Europa gemeinsam leichter den Weg einer selbstkritischen Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und Hinterfragung der weiterhin bestehenden neo-kolonialen Haltungen und Handlungen gehen. Kirchen setzen sich für ein Europa ein, das sich für den Frieden und die Heilung der Einen Welt in Dienst nehmen lässt.

Die EKD hat im Blick auf die deutsche Kolonialisierungsgeschichte in Namibia 2017 – anlässlich der Vollversammlung des LWB in Windhuk – offiziell die Mitschuld der damaligen Evangelischen Kirche im Deutschen Reich bekannt.²³ Pfarrer und – zum Teil – auch Missionare rechtfertigten Rassismus und Kolonialismus theologisch und traten dem Töten der Kolonialtruppen nicht entgegen.

²¹ Michael Bünker: Europa semper reformanda – und der Beitrag der Evangelischen Kirchen, Festvortrag beim Reformationsempfang in Wien am 24.10.2018.

²² Assmann, Der europäische Traum, 177f.

²³ EKD, „Vergib uns unsere Schuld“ (Matthäus 6, 12). EKD-Erklärung zum Völkermord im früheren Deutsch-Südwestafrika, 2017 (https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/erklarung_voelkermord_deutschsuedwestafrika.pdf).

In dieser Erklärung heißt es: „Dieses Schuldbekenntnis ist Ausdruck unserer bleibenden historischen und ethischen Verpflichtung, gemeinsam mit den Nachfahren der Opfer das Gedenken an die Opfer wachzuhalten, für die Anerkennung des Genozids öffentlich einzutreten und an der Überwindung des durch die deutsche Kolonialherrschaft begründeten und danach fortgesetzten Unrechts zu arbeiten.“ Inzwischen wurden auch zum wiederholten Mal sterbliche Überreste von Herero in einem Gottesdienst in Berlin an Namibia übergeben und in ihre Heimat zurückgebracht.

Es wird Zeit, dass wir die Länder Afrikas auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Partner eigenen Rechts und auf Augenhöhe wahrnehmen. Es wird Zeit, dass wir uns besinnen: dass unsere Verschwendung von Ressourcen, die sich zumeist außerhalb Europas finden, und die Art, wie wir sie in Form von Rohstoffen billig erwerben, nicht nur ein massives Problem für die Umwelt, sondern die direkte Ursache für viel Elend der Menschen in diesen Ländern ist. Nicht nur im Blick auf die Beziehungen der europäischen Nationen untereinander, sondern auf die Beziehungen Europas, der EU zur Welt gilt, dass Frieden und Krieg immer auch durch Wirtschaft bestimmt werden. Und auch hier ist demnach zu folgern: Wir müssen unseren Handel, ob es sich nun um den Import von seltenen Erden und Coltan für unsere Smartphones oder den Export von Waffen oder europäischem Elektroschrott handelt, friedensethisch hinterfragen.

Die Kirchen in Europa und in Deutschland stehen in ganz eigener Weise mit der kolonialen Vergangenheit in Verbindung, natürlich auch durch die Verknüpfung der Geschichte der Weltmission mit dem Kolonialismus, obwohl beide nicht deckungsgleich sind. Ich weise auf das neue Bewusstsein in der Missiologie und auf die Bemühung vieler Missionswerke hin, diese ambivalente Vergangenheit nicht auszublenden und ein neues Verständnis von christlicher Mission in dieser Welt zu entwickeln. Das wird für uns in Württemberg zum Beispiel sichtbar in der Umbenennung des ehemaligen „Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland“ in die „Evangelische Mission in Solidarität“, ems, die sich bewusst für ein Konzept der Partnerschaft auf Augenhöhe positioniert, wie viele andere Missionswerke mit ihr.²⁴ Dazu gehört auch, wertvolle Impulse anderer Kirchen aufzunehmen, an deren geistlichen Erfahrungen uns vielleicht manches fremd erscheinen mag.

Gemeinden und Einzelne gehen in unserer Kirche wichtige Schritte hin zu einer neuen Beziehung zu Menschen in der Einen Welt: mit ihrer Bereitschaft zum Austausch und wechselseitigen Lernen mit Menschen aus aller Welt wie z.B. in den Programmen der ems oder des DiMOE, durch Partnerschaften mit Gemeinden auf Bezirksebene.

²⁴ Am Beispiel ems: Vgl. die Broschüre „Reichtum des Glaubens/A Wealth of Faith. Christliches Leben und Zeugnis in den Mitgliedskirchen der Evangelischen Mission in Solidarität“ (EMS). Stuttgart 2018, 2ff.

Zu erwähnen ist auch das Engagement für Fairen Handel – ich hebe heute als Teil evangelischer Bildungs- und Jugendarbeit die OrangenAktion des ejw heraus –, mit der Aufmerksamkeit auf unserem Umgang mit Ressourcen – hier wäre zum Beispiel die baden-württembergische Handyaktion zu nennen, an der sich u.a. ebenfalls das Jugendwerk beteiligt. Erst kürzlich hat sich die 50. Gemeinde in Württemberg der Initiative „Faire Gemeinde“ angeschlossen.

Alle Mitglieder unserer Gemeinden möchte ich ermutigen: Gehen Sie den Weg der Versöhnung weiter! Behalten Sie die Menschen auf den anderen Kontinenten als Geschwister in Christus, als Mitbewohner dieser Erde im Blick und bauen Sie so mit an einem neuen, wahrlich weltoffenen Europa. Helfen Sie bei der Bewahrung des Hauses der einen Menschheit, unserer Erde (s.u.).

Nehmen wir den Reichtum der missionarischen Partnerschaften und Verflechtungen wahr – wie es in der Württembergischen Arbeitsgemeinschaft der Weltmission (WAW) geschieht. Die Landesmissionsfeste sind dafür ein eindrückliches Zeichen. Im Blick auf diese zentralen Aufgaben ist ein weltweites ökumenisches Engagement ganz gewiss kein Auslaufmodell, wie man es lange dachte – vielmehr brauchen wir neue, bewegliche und noch effizientere Formen der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit, um die Verantwortung für unser Miteinander in der Gegenwart und Zukunft übernehmen zu können.

c. Europas Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung²⁵

Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte. (Gen 2,15)

Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen. (Mt 5,5)

Bleiben wir noch einen Moment bei der Beziehung Europas zur ganzen Welt. Es wurde bereits deutlich, dass Europa – durch seine derzeitige starke Wirtschafts- und Konsumkraft – eine umfassende Verantwortung hat, auch für den Erhalt unserer Erde, den Umgang mit lebenswichtigen Ressourcen, den Schutz von Lebensräumen für Menschen und Tiere sowie für Tier- und Artenschutz. Die EU hat diese Verantwortung grundsätzlich erkannt und sich für das Pariser Klimaabkommen entscheidend eingesetzt.

Als Christinnen und Christen, als Kirchen in Europa leben wir aus dem Glauben an den dreieinigen Gott. Er ist Schöpfer, Bewahrer und Erneuerer. Er hat uns zur Bebauung und Bewahrung berufen.

²⁵ Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 9, Die Schöpfung bewahren: „Wir wollen uns gemeinsam für nachhaltige Lebensbedingungen für die gesamte Schöpfung einsetzen. ... Wir verpflichten uns, einen Lebensstil weiterzuentwickeln, bei dem wir ... auf ... nachhaltige Lebensqualität Wert legen.“

Anders als sogenannte „alternative Fakten“ es behaupten (die aber keine Fakten, sondern schlicht Unwahrheiten sind), gibt die Wissenschaft hinreichend Anhalt dafür, dass menschengemachte Faktoren wie u.a. der Ausstoß von Kohlendioxid zur Erderwärmung beitragen.

Auch der übermäßige Abbau von Rohstoffen übersteigt die Ressourcen der Erde. Während wir jährlich den internationalen Tag der Erde am 22. April, den Tag der Schöpfung am ersten Septemberfreitag begehen, rückt das Datum des Welt- bzw. Erd-Erschöpfungstages jährlich ein paar Tage weiter nach vorne. (Zum Erderschöpfungstag: Seit etwa 1971 lässt sich im Kalender ein Zeitpunkt vor Ablauf des Jahres erörtern, ab dem die Verwendung von Ressourcen die Kapazität der Erde übersteigt – lag er zu Beginn also noch im Dezember, musste man 2018 schon am 1. August feststellen, dass ab diesem Tag jede Nutzung von Ressourcen irreparable Schäden anrichtet. 2030, so wird oft angegeben, werden wir für unseren Verbrauch zwei Erden brauchen.)

Als Kirchen stimmen wir nicht in eine Weltuntergangsstimmung ein, sondern denken die Erschöpfbarkeit der Erde mit dem Erhaltungswillen ihres Schöpfers zusammen. Wir blicken auf die Schwächsten unter unseren Schwestern und Brüdern

Als Kirchen stimmen wir nicht in eine Weltuntergangsstimmung ein, sondern denken die Erschöpfbarkeit der Erde mit dem Erhaltungswillen ihres Schöpfers zusammen. Wir blicken auf die Schwächsten unter unseren Schwestern und Brüdern und sehen ihre Bedrohung durch Dürre, Hunger, Durst und die daraus folgenden Krankheiten und Nöte. Deshalb wollen wir auch in Europa auf unsere besondere Verantwortung aufmerksam machen.

und sehen ihre Bedrohung durch Dürre, Hunger, Durst und die daraus folgenden Krankheiten und Nöte. Deshalb wollen wir auch in Europa auf unsere besondere Verantwortung aufmerksam machen.

Wir nehmen die Kraft dazu aus dem Glauben, dass wir von Gott mit vielen Dingen reich beschenkt sind und dass es gilt, diese Gaben

zu teilen, statt über unser Maß hinaus auf Kosten anderer zu leben: Wir leben eine Ethik des Genug. Damit jedoch alle Menschen dieser Erde im „Genug“ leben können, müssen wir als Industrieländer unsere Ansprüche in Zukunft deutlich verringern.

Viele Schülerinnen und Schüler haben diese Fragestellung in diesen Tagen verstanden und in Demonstrationen und Aktionen vehement darauf aufmerksam gemacht.

Gemeinden leben die Kultur des Genug und des Teilens in vielerlei Hinsicht und unterstützen Bedürftige vor Ort und weltweit. Auch zum Schutz des Klimas und zum Einsparen von Ressourcen tragen viele Gemeinden bei – durch Initiativen wie den „grünen Gockel“, bewusstes Energie- und Klimaschutzmanagement und

den Einsatz für „Lebendige Vielfalt“. Auch Einzelne können ihren Lebenswandel bewusst gestalten. Für die Passionszeit, in der wir uns befinden, haben wir mit zehn anderen Landeskirchen der EKD sowie drei katholischen Bistümern zu einem „Klimafasten“ eingeladen.

Ich ermutige unsere Mitglieder und Gemeinden, sich dieser Einübung in ein „Leben im Genuß“ anzuschließen, hier in und für Europa Vorbild zu sein und eine Botschaft an Regierungen, Industrie und Verbraucher zu senden, das Anliegen der Bewahrung der Schöpfung zu ihrer wichtigsten Aufgabe zu machen.

d. Europas Einsatz für den Frieden²⁶

Suche den Frieden und jage ihm nach! (Ps 34,15 – Jahreslosung für 2019)

Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sicheln. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen. (Mi 4,3)

Wenn wir über die Bewahrung der Schöpfung sprechen, dann gehört die Erlangung des Friedens dazu. Aus guten Gründen nennen wir Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im konziliaren Prozess in einem Atemzug. Die Botschaft des Friedens gehört wesentlich zu unserem Glauben und der Bibel. Aus Schwertern sollen Pflugscharen werden (Mi 4,3); als Kirche Jesu Christi sind wir dazu da, die Botschaft, dass Jesus Christus unser aller Friede ist, zu den Menschen und in die Welt zu tragen (Eph 2,14). Durch seinen Tod am Kreuz hat er die Menschen mit Gott versöhnt und Grundlagen für den Frieden unter den Menschen geschaffen. „Suche den Frieden und jage ihm nach“ (Ps 34,15): Diese Losung buchstabieren wir nicht nur für das Jahr 2019 durch, sie ist grundlegend: in unseren persönlichen Beziehungen, in unseren Gemeinden und unserer Landeskirche und auch in dieser Synode. Friede will konkret erfahrbar sein, unseren Worten sollen Taten folgen.

Der Auftrag zum Frieden ist der ganzen Welt gegeben. In unseren Tagen erleben wir das Ende einer Zeit, in der Konfliktlinien klar erkennbar waren; Spannungen formieren sich neu, alte Bündnisse werden aufgelöst, Legitimität und Relevanz großer Organisationen und Institutionen – wie etwa der Vereinten Nationen, aber eben auch der EU – werden hinterfragt oder angezweifelt; mühsam errungene Abkommen, die zum gedeihlichen Zusammenleben beitragen, werden leichtfertig aufgekündigt oder ignoriert. International verschieben sich zwar die Gewichte: Die Zeit des binären Kräftemessens zwischen den USA und Russland ist mit dem Auftreten Chinas in der Weltpolitik vorüber.

²⁶ Dies versteht die Charta Oecumenica als wichtigstes Hauptanliegen der Bemühung um Europa, vgl. die Schlusstheze (mit Hinweis auf Röm 15,13): „Jesus Christus ist als Herr der einen Kirche unsere größte [sic] Hoffnung auf Versöhnung und Frieden. In seinem Namen wollen wir den gemeinsamen Weg in Europa weitergehen. Wir bitten Gott um den Beistand seines Heiligen Geistes.“

Aber Bedrohungsszenarien, die wir auf Dauer überwunden glaubten, zeigen sich neu: Wir sehen die reale Gefahr einer Aufstellung neuer atomarer Mittelstreckenraketen auch in Europa. Während der Münchener Sicherheitskonferenz vor wenigen Wochen sind die gegensätzlichen Positionen in aller Deutlichkeit und Härte aufeinandergeprallt.

Wird in der europäischen Verteidigungspolitik ein eigener Weg nötig? Die EU setzt auf den Vorrang des Zivilen vor dem Militärischen. In ihrer „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ von 2016 wird unterstrichen, dass die Stärke der EU in der Friedensbildung mit zivilen Mitteln liegt. Gerade ein Europa mit seinen historischen Erfahrungen soll sich zu einem Kontinent des Friedenswillens und friedensstiftender Maßnahmen entwickeln.

Gerade ein Europa mit seinen historischen Erfahrungen soll sich zu einem Kontinent des Friedenswillens und friedensstiftender Maßnahmen entwickeln. Es ist eine wesentliche Aufgabe für Europa, eigene Wege der Friedenssicherung zu gehen.

Es ist eine wesentliche Aufgabe für Europa, eigene Wege der Friedenssicherung zu gehen.

Für uns als Kirche ist es wichtig, zu verstehen und zu würdigen, dass die EU ein einzigartiges Friedensprojekt ist: nach innen und nach außen. Das Thema „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) ist ein großes Zukunftsthema der EU.

Angesichts der globalen Spannungen bietet es die Chance, Gräben, die in Europa erneut sichtbar werden, wieder zu schließen. Wir lehnen es als Kirche ab, dass Europa (neben den drei großen Machtzentren USA, Russland und China) zur vierten Militärmacht wird. Wir stärken den Einsatz für zivile Formen der Konfliktbearbeitung als Weg zum Frieden.

Die evangelische Friedensethik ist geprägt vom *Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung und Prävention*. Gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung sollen durch zivile Friedens- und Entwicklungsdienste für die Wiederherstellung, Bewahrung und Förderung eines nachhaltigen Friedens genutzt werden, nach dem Grundsatz: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“ Um dies im Alltag der Menschen zu wecken, bedarf es einer beharrlichen Friedenspädagogik. Mit der Handreichung „Friedensbildung in Schule und Gemeinde“ liegt seit Oktober 2018 nun eine Materialsammlung und Argumentationshilfe vor, der ich eine große Verbreitung in unserer Landeskirche wünsche. Zugleich unterstütze ich nachdrücklich, dass sich diese friedenspädagogische Arbeit europaweit vernetzt, um auch hier wertvolle Impulse geben zu können.

3. Als Kirche Europa mitgestalten

a. Die ökumenische Vision versöhnter Verschiedenheit²⁷

Wie du mich gesandt hast in die Welt, so habe auch ich sie in die Welt gesandt. (Joh 17,18)

Daran wird jedermann erkennen, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr Liebe untereinander habt. (Joh 13,35)

Wohl kaum einer der Gründungsväter und -mütter des europäischen Einigungsweges hätte sich träumen lassen, dass in Europa eines Tages wieder Parteien und Bewegungen an Bedeutung gewinnen, die rassistische Töne von sich geben und die Fanfaren des Nationalismus bespielen.

Dass für viele Briten die Ablehnung von EU-Ausländern und Flüchtlingen, dass Fremdenhass und „Überfremdungs“-Angst wesentliche Gründe für die Abstimmung für einen „Brexit“ waren – was sich seitdem für viele Nicht-Briten bemerkbar macht, die sich plötzlich in Großbritannien nicht mehr willkommen fühlen –, spricht für sich.

Mit ungläubigem Staunen beobachten viele die Entwicklungen in Polen, Ungarn, aber auch in Italien, das Erstarken rechtspopulistischer und nationalpopulistischer Parteien in Skandinavien, Belgien, den Niederlanden, Frankreich wie auch in Deutschland.

Die Lesart der rechten Nationalisten, als sei die „reine Nation“ das zu bewahrende Ursprüngliche, ein Europa der Vielfalt hingegen übergestülptes Kunstprodukt, lehne ich ab. Europas Regionen sind seit jeher multikulturell, gleichzeitig sind die verschiedenen Kulturen über nationale Grenzen hinweg miteinander verbunden. Der Gedanke nationaler oder gar „rassischer“ Homogenität hingegen ist ein Produkt von Ideologien und Diktaturen z.B. des 20. Jahrhunderts.

Die Nation, verstanden als starre, homogene Einheit, wird der europäischen Realität mithin faktisch nicht gerecht. Sie bildet zwar in Teilen bestimmte Aspekte von Zugehörigkeit ab oder spiegelt auch historisch traumatische Erfahrungen einzelner Völker und Nationen; auch erfüllt sie ihren Zweck als Verwaltungseinheit. Doch schon hierzulande verstehen sich viele zwar als Deutsche, aber gleichzeitig denken sie dabei in regionalen Identitäten, die oftmals nationale Grenzen überschreiten. Die EU, verstanden nicht als Gleichmacher, sondern als Union der Unterschiede, kann in sich regionale wie auch nationale Identitäten bewahren.

²⁷ Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 7: „Europa mitgestalten“: „Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents.“

Die Förderung der Vielfalt und der Respekt vor der Eigenkultur soll dabei zentrales Merkmal der Union sein.²⁸ Grundlage für den Frieden zwischen den Identitäten ist ein Konzept der Vielfalt²⁹, während starre Nationalitätskonzepte diesen oftmals gefährden.

Für uns als Christen in Europa erinnere ich angesichts aufkommenden Nationalismus und Rassismus an das uns zugesprochene neue Sein in Christus, das Menschen in ihrer Identität würdigt und dabei gleichzeitig zu einer Gemeinschaft der Solidarität verbindet (Gal 3,28). Im Jubiläumsjahr der Reformation 2017 haben wir lernen können, wie die Reformatoren europaweit vernetzt waren und zugleich zur nationalen Identität beigetragen haben. Die Kirche bildet eine universale Gemeinschaft. Wo Menschen einander entfremdet, aus der Gemeinschaft vertrieben werden oder ihnen gar aufgrund ihrer Identität Gewalt angetan wird, verstoßen wir gegen alles, was Christus uns geschenkt, gelehrt und aufgetragen hat.

Darum ist es richtig, die Aufforderung Elmar Broks ernst zu nehmen: „Nationalismus heißt Krieg – da hat Francois Mitterand recht. Wir müssen das moderne Europa gegen diese Ewiggestrigen verteidigen. Hier können die Kirchen eine große Rolle spielen.“³⁰

Als Kirchen verweisen wir auf den Grund für „Einheit in Vielfalt“, der weit über historisches Wissen über die Ursprünge Europas und natur- wie kulturbedingte

Als Kirchen verweisen wir auf den Grund für „Einheit in Vielfalt“, der weit über historisches Wissen über die Ursprünge Europas und natur- wie kulturbedingte Konzepte von Vielfalt hinausgeht. Dieser Grund ist der dreieinige Gott: Schöpfer, Versöhner und Beförderer der Vielfalt und Würde der ganzen, einen Menschheit.

Konzepte von Vielfalt hinausgeht. Dieser Grund ist der dreieinige Gott: Schöpfer, Versöhner und Beförderer der Vielfalt und Würde der ganzen, einen Menschheit.

In Gottes Auftrag handelt die Kirche, wo sie die Zusammengehörigkeit der Menschen verkündet und Frieden zwischen Verschiedenen stärkt. Ein Europa, das den Frieden zwischen den Nationen gewährleistet, in dem

Verschiedene Platz haben und in dem deren je eigener Beitrag für gemeinsames Leben gewürdigt wird, ist Baustein einer Welt, die dem Geist Christi gerechter wird.

²⁸ Es wäre wünschenswert, wenn die Verfassungsrealität Baden-Württembergs mit ihrem Eintreten für ein vereintes, föderativ verstandenes Europa zu einer starken Stimme im Europa der Regionen werden könnte.

²⁹ Vgl. Charta Oecumenica, Punkt 8 („Völker und Kulturen versöhnen“): „Die Vielfalt der regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen betrachten wir als Reichtum Europas. Angesichts zahlreicher Konflikte ist es Aufgabe der Kirchen, miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen.“ Wichtige Bausteine dafür sind auch ein versöhntes Miteinander der Kirchen, der Einsatz für Demokratie (bzw. Demokratisierung), soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gewaltfreiheit und der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen.

³⁰ Gott steht nicht drauf, ist aber drin (Interview mit Elmar Brok und Navid Kermani), Publik-Forum Nr. 1/2019, 30.

Gemeinden leben diese neue, Grenzen überwindende Welt bereits in vielerlei Hinsicht. Ich möchte sie ermutigen, dies weiterhin aus der Liebe Christi heraus zu tun: So zum Beispiel, wo sie hier vor Ort mit Christinnen und Christen aus Gemeinden anderer Sprache und Herkunft (sog. „GaSH“) Räume teilen, Austausch üben, Gaben und Aufgaben miteinander wahrnehmen, zusammenwachsen.

Oder da, wo sie die Not von Menschen, christlichen oder auch anderen Glaubens, außerhalb Deutschlands wahrnehmen und ihre Solidarität und Unterstützung zeigen durch Partnerschaften, Spendenprojekte, Hilfsorganisationen. Rassismus und Nationalismus haben im Glauben unserer Gemeinden keinen Platz.

Sie erfahren den Reichtum der Vielfalt in Christus, die Vielfalt der Menschheit durch ihr Handeln. Ich wiederhole hier meinen Hinweis aus einem früheren Bischofsbericht: Es wäre m.E. daher ein Gewinn für die Landessynode, wenn einzelne Vertreter dieser Gemeinden Teil dieser Landessynode würden.

Leider müssen wir in unseren Tagen wieder erleben, wie Religionen benutzt werden können, um Menschen gegeneinander aufzustacheln. Wir haben den schrecklichen Bürgerkrieg in Nordirland noch in Erinnerung und wissen, was die toxische Mischung aus Konfessionalismus, Nationalismus, Ideologie und Verblendung alles vernichten kann.

Europa ist ein Kontinent, der in besonderer Weise vom Riss der Konfessionen, der dann auch einen Riss der Kulturen mit sich brachte, gekennzeichnet ist. Das Auseinanderentwickeln der orthodoxen Welt und des lateinischen Christentums seit dem Schisma von 1054 hat Auswirkungen bis in das heutige Europa.

Das II. Vatikanische Konzil, die Leuenberger Konkordie, die vielen Dialog- und Begegnungsformen, aber auch ÖRK, KEK, GEKE, LWB und andere Bünde haben dazu beigetragen, dass Begegnungen der Menschen aus verschiedenen Kulturen, Nationen, Konfessionen und Traditionen möglich wurden, sich ein tieferes Verstehen entwickeln konnte und soziale, diakonische Zusammenarbeit möglich wurde. Die oben genannte Repräsentanz der verschiedenen Konfessionen und Kirchenbünde in Brüssel zeigt etwas von den Lernschritten, die Europa gegangen ist.

Manchmal wurden diese Partnerschaften, die vielfältigen Austauschkontakte und Teilnahme an Konferenzen als „ökumenischer Tourismus“ verspottet. Ich glaube, spätestens jetzt sollte jeder Spott verstummen, weil wir plötzlich in ganz neuer Weise spüren, wie notwendig der Aufbau und der Austausch in Netzwerken ist.

Wie wichtig waren und sind z.B. die Netzwerke, die die geistlichen Gemeinschaften „Gemeinsam für Europa“ aufgebaut haben. Die verschiedenen Kongresse – bis hin zur bewegenden Versöhnungszeremonie in München auf dem Stachus 2016.³¹

³¹ „Miteinander für Europa“ – Europaweiter Kongress in München vom 30. Juni bis 2. Juli 2016.

Schon vor vielen Jahren haben diese geistlichen Gemeinschaften aus sehr verschiedenen Kirchen und jeweiligen Traditionen erkannt, dass ein ökumenischer Geist der Versöhnung ein wichtiger Anstoß zur Verständigung in Europa sein kann. Dabei wird aber auch eindrücklich deutlich, dass es nicht allein um das EU-Europa geht, sondern weit darüber hinaus. Und evangelische, katholische, orthodoxe und anglikanische Gemeinschaften zeigen mit ihrem diakonischen Engagement an den Grenzen Europas, an den Hot Spots, auf den Meeren und in der Verbindung zu anderen Ländern, dass Gottes Geist Neues schaffen kann.

Es sind die dezentralen Netzwerke – die Gemeinschaften, Partnerschaften, Dialoggruppen, Hauskreisinitiativen –, die ein Netz des Friedens, der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit knüpfen. Es sind die dezentralen Netzwerke, die *ein* Europa, das Europa der Begegnung, der Vielfalt, der Versöhnung und des Friedens bauen. Die Kirchen selbst sollten die Möglichkeiten ihrer Netzwerke noch stärker nutzen.

Die Stimmen derer, die um ein Europa der Werte, des Glaubens, der Nächstenliebe ringen, müssen noch besser hörbar werden. Als Modell könnte eine Synodalversammlung dienen, weil Kirchen in ökumenischer Haltung Pluralismusfähigkeit über Jahrzehnte hinweg eingeübt haben. Ob als „versöhnte Verschiedenheit“ oder „Einheit in Vielfalt“ gefasst: Europa braucht eine Vision, die Verschiedene verbindet, und kann von dem ökumenischen Modell profitieren.

Die christliche Ökumene ist dabei aus dem Wunsch entstanden, Kräfte zu bündeln im Blick auf ein bestimmtes Ziel, auf eine „Mission“ hin. Die Kirchen haben in der Charta Oecumenica von 2001 Stichpunkte und Inhalte für eine solche Mission „gemeinsame(r) Verantwortung in Europa“ festgehalten und in einem offenen Brief von 2016 bekräftigt.

Diese Punkte bringen die Kirchen als mögliche Orientierungspunkte für Europa mit ein. Die nächste Überlegung lautet daher: Kirchen gestalten Europa mit auf dem Weg von einer mehr wirtschaftsbasierten hin zu einer Wertegemeinschaft und erinnern an seinen Grundwert Frieden. Dieser Wert wird von den Kirchen weiterentwickelt: Die Charta Oecumenica hält als Ziele u.a. die Förderung sozialer Gerechtigkeit, den Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte, die transnationale Kooperation, die Versöhnung von Völkern und Kulturen, die Bewahrung der Schöpfung, die Gemeinschaft und den Dialog mit anderen Religionen, insbesondere Juden und Muslimen, und das Eintreten für die Religions- und Gewissensfreiheit von Menschen und Gemeinschaften fest.

Daher noch einmal zugespitzt: Ich fordere die Gründung je einer ökumenischen und evangelischen europäischen Kirchensynode. Diese sollten der Grundstruktur von KEK und GEKE entsprechen, jedoch als Synodalversammlungen, d.h. bestehend aus direkt oder indirekt gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Regionen, konzipiert werden.

Somit wären kirchliche Regionen – also Landeskirchen, Diözesen etc. – auf europäischer Ebene direkt repräsentiert. Wir könnten damit eine Stärkung kirchlicher Demokratie und Partizipation der Regionen auf europäischer Ebene erreichen, die Vorbild sein kann auch für das politische Europa. Die Vorbereitungen eines europäischen Kirchentages sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat sich in besonderer Weise diese ökumenischen Anliegen zu eigen gemacht. Im Herbst 2018 konnten wir 40 Jahre Arbeitskreis Orthodoxer Kirchen feiern. Wie kaum eine andere Landeskirche haben wir Zugänge und Kontakte zur orthodoxen Welt gefunden. Partnerschaften wurden gegründet. Viele Gemeinden pflegen Austausch mit anderen Kirchen und Gemeinden in Europa und weltweit.

b. Der (Werte-)Beitrag von Religion im öffentlichen Raum

Suchet der Stadt Bestes ... und betet für sie zum HERRN. (Jer 29,7a)

Ihr seid das Licht der Welt. Es kann die Stadt, die auf einem Berge liegt, nicht verborgen sein. (Mt 5,14)

2013 erließ der Rat der EU-Außenminister Leitlinien der EU zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Sie sind eine Reaktion der EU auf eine Verletzung der Religionsfreiheit in Ländern außerhalb der EU, mit denen ein Dialog über Menschenrechtsfragen intensiviert werden soll.

Seit dem letzten Jahr sind die europäischen Kirchen aufgerufen, konkret an der Umsetzung dieser Leitlinien mitzuwirken. Die Bedeutung dieser Leitlinien wird deutlich, wenn man bedenkt, dass sich die EU mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung religiöser Konflikte immer schon sehr schwertat. Hintergrund ist das laizistische Grundmodell von der Trennung von Staat und Kirche, das sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frankreich und Belgien ausgeprägt hat. Zahlreiche Konflikte mit einem politisierten, gewalttätigen Islam deuten darauf hin, dass es gerade hier an Begegnungsorten und eingespielten Kommunikationstraditionen fehlt. Das erlebe ich in Baden-Württemberg anders.

Menschen muslimischen Glaubens leben nun schon seit Generationen in Europa, in Deutschland, in Baden-Württemberg. Ihren Glauben leben sie in Moscheegemeinden, die in einer Vielzahl islamischer Vereinigungen, Vereine und Bewegungen organisiert sind.

Darüber hinaus bestehen vielfältige Verknüpfungen über die Grenzen der privaten Religionsausübung hinaus, so z.B. mit dem Bildungswesen: Es gibt islamisch-theologische Zentren (in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen), es gibt – bisher allerdings erst probeweise und nur an manchen Schulen – islamischen Religionsunterricht.

Weiterhin führen islamische Vertreter z.B. mit den christlichen Kirchen Dialoge, Begegnungen und Austausch und sind vor Ort immer wieder wichtiger Partner im Rat der Religionen.

Wir als Kirche nehmen diesen Dialog aktiv auf – und das sogar über Deutschland und Europa hinaus. Ein Beispiel ist der Austausch zwischen württembergischen Theologinnen und Theologen und islamischen Studierenden in Maskat/Oman und Tübingen, der im Wissen um die globale Verantwortung der Religionen diesen Dialog führt.

Mein erneuter Besuch im Oman vor drei Wochen hat wieder gezeigt, dass das Interesse am respektvollen, friedvollen Austausch in der Übernahme gemeinsamer Friedensverantwortung wurzelt und zugleich in der je eigenen religiösen Identität, die nicht vernichtet oder gar aufgegeben werden muss, um eine gemeinsame Sprache oder Nähe zu finden.

Wer so im Austausch mit dem Islam steht, wird freilich auch kritische Entwicklungen des Islam in Europa sehen und benennen müssen. In welcher Weise bleibt der Islam der dritten oder vierten Generation auf die Herkunftsländer der Großeltern oder Eltern bezogen?

Wird es dem Islam gelingen, im europäischen Raum eine Identität zu entwickeln, die die vier Säulen Europas – das philosophische Erbe aus dem alten

Wird es dem Islam gelingen, im europäischen Raum eine Identität zu entwickeln, die die vier Säulen Europas – das philosophische Erbe aus dem alten Griechenland, das Christentum, die Grundlagen von Recht und Politik aus Rom und die europäische Aufklärung –, in die eigene theologische Reflexion aufnehmen kann, um in einen offenen Dialog zu kommen?

Griechenland, das Christentum, die Grundlagen von Recht und Politik aus Rom und die europäische Aufklärung –, in die eigene theologische Reflexion aufnehmen kann, um in einen offenen Dialog zu kommen?

Das wäre ein Signal, dass Menschen hier geistlich angekommen sind. Wir wünschen uns das.

Gleichzeitig trete ich dafür ein, dass eine Gesellschaft nicht die Eigeninterpretation einer Religion bestimmen und bevormunden kann. Der Staat kann und muss die Beachtung von Gesetzen und Regeln einfordern und sie auch durchsetzen, er muss aber das Selbstbestimmungsrecht der Religionen achten und respektieren.

Ein Grund für die Sprachlosigkeit der EU in religionspolitischen und religiösen Fragen ist meines Erachtens letztlich ein Religionsverständnis, das die Ausübung der eigenen Religion strikt aus dem öffentlichen Raum ins Private verbannt.

Ich habe demgegenüber in den letzten Jahren immer wieder betont, dass Religion zwar persönlich ist, aber nicht privat.³² In Deutschland drückt sich das im Grundgesetz aus: Hier sind Staat und Kirchen „getrennt und doch partnerschaftlich verbunden.“³³ Gelten diese Bestimmungen des Grundgesetzes für ganz Deutschland, so ist für das Land Baden-Württemberg seit 2008 im Besonderen der Staatskirchenvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und den beiden evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg³⁴ zu beachten.

Die Präambel des Vertrages spricht von einem „freundschaftliche(n) Verhältnis zwischen dem Land und den Kirchen“, das es „zu festigen und zu fördern“ gelte, und würdigt die „Bedeutung der Kirchen für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens, eingedenk der bleibenden Verantwortung der Kirchen für christlichen Glauben, kirchliches Leben und diakonischen Dienst auch in deren Bedeutung für das Gemeinwohl.“³⁵

Ministerpräsident Kretschmann würdigte jüngst noch einmal die Rolle der Kirchen in Baden-Württemberg bei dieser Mitgestaltung des Gemeinwesens, ja er fordert die Kirchen geradezu auf, sich in Wertedebatten einzubringen. Im Hintergrund steht dabei auch die politische Philosophie von Jürgen Habermas.³⁶

Die Religionsgemeinschaften werden darin aufgefordert, ihren Glauben vom Guten und Heiligen einer säkularen Konzeption vom Gerechten unterzuordnen. Sie klären die Gesellschaft über die Grundlagen ihrer eigenen Kultur auf, stabilisieren das Gemeinwesen und bleiben anschlussfähig. Diese Bedeutung der Religionsgemeinschaften insgesamt ist in Europa noch zu entdecken.

Bei Habermas und dann in der Rezeption bei Ministerpräsident Kretschmann ist anzuerkennen, dass Religionsgemeinschaften eine hohe Bedeutung für Staat und Gesellschaft zuerkannt werden, wenn sie anschlussfähig und verstehbar sind. Das ist dort zu begrüßen, wo Fundamentalismus und das Entstehen von religiös motivierten Parallelgesellschaften verhindert werden.

³² Das wird schon deutlich, wenn man Folgendes bedenkt: Etwa drei Viertel aller Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes bekennen sich in verschiedenen Konfessionen zum christlichen Glauben. Mehr als 100.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in Diakonie und Caritas. Mehr als 3.000 Kindertagesstätten werden von den kirchlichen Trägern zur Verfügung gestellt. An sechs Hochschulen und Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft werden mehr als 15.000 Studierende ausgebildet.

³³ Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 WRV.

³⁴ Evangelischer Kirchenvertrag Baden-Württemberg – EvKivBW, Abl. 62 S. 616.

³⁵ Präambel EvKivBW.

³⁶ Vgl. Jürgen Habermas, Glauben und Wissen. Dankesrede zum Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2001, Frankfurt a.M. 2001. Habermas sieht den säkularen Staat von zwei Gefahren bedroht, dem Fundamentalismus der Religionen (nach 2001) und einer sich selbst absolut setzenden Moderne, daher wirbt er für doppelte Übersetzungsnotwendigkeit.

Zugleich hat diese Anschlussfähigkeit meines Erachtens Grenzen. Jene Anschlussfähigkeit des Glaubens hat dort seine Grenze, wo es um den „Eigensinn“ der Religionen geht, der sich nicht marktfähig machen lässt. Ihr prophetisches Wächteramt kann gerade die Kirche nur dort ausüben, wo sie auch auf Grenzen der Zeitgenossenschaft beharrt.³⁷

Gegenüber einer strikten Trennung von Staat und Religion plädiere ich – insbesondere in Baden-Württemberg – für ein dauerhaftes Ausbalancieren je eigener Aufgaben. Gerade dann, wenn Religion nicht aus der Öffentlichkeit verbannt wird, kann sie ihr friedensstiftendes Potential für das Gemeinwohl entfalten.

Ich will das an einem Beispiel kurz veranschaulichen: Der Zuzug von Geflüchteten stellt alle gesellschaftlichen Bereiche vor große Integrationsaufgaben. Viele Konflikte werden gerade an der Schule besonders sichtbar. Muslimische Jugendliche sind auf der Suche nach Identität auch an der Schule und im angelagerten sozialen Nahraum auf Dialogpartner angewiesen, die für klare und verlässliche Integrationsangebote stehen.

Das Modell eines islamischen Religionsunterrichts wird von uns unterstützt und die Bemühungen der Landesregierung in dieser Angelegenheit sind anzuerkennen. Gleichzeitig kann der Weg über eine Stiftung, die gleichsam als Konfessionsersatz im Auftrag des Staates handelt, nur eine temporäre Ausnahme sein und ist keinerlei Modell für eine zukünftige Trägerschaft von Religionsunterricht anderer Konfessionen.

Wir tun als Evangelische Landeskirche in Württemberg daher gut daran, unsere Anstrengungen im Bildungsbereich weiter zu intensivieren – von der Weiterentwicklung der Familienzentren über die Schaffung professioneller Trägerstrukturen in Evangelischen Kitas und den verlässlichen RU, die Mitwirkung an der Schulsozialarbeit, einer zukunftsfähigen Arbeit im ejw bis hin zu einer Sicherung der Theologischen Fakultät Tübingen. Religiöse Bildung trägt zur Konsensfindung bei und bewahrt eine Gesellschaft vor den Folgen des Fundamentalismus.³⁸

³⁷ Vgl. eine kritische Position gegenüber einer seines Erachtens zu anschlussfähigen „EKD-Theologie“: Johannes Fischer, Gefahr der Unduldsamkeit. Die öffentliche Theologie der EKD ist problematisch, in: zeitzeichen 5/2016, 43-45.

³⁸ Vgl. Frank Otfried July, Religion ist mehr als eine Privatsache. Von der Wahrheit des christlichen Glaubens und seinem öffentlichen Anspruch. Bischofsbericht 2006 vor der 13. Württembergischen Evangelischen Landessynode am 13. Juli 2006, 14 ([https://www.elk-wue.de/fileadmin/ Downloads/ Wir/Landesbischof/Bischofsberichte/Bischofsbericht_2006__Religion_ist_mehr_als_eine_Privatsache.pdf](https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Landesbischof/Bischofsberichte/Bischofsbericht_2006__Religion_ist_mehr_als_eine_Privatsache.pdf)).

... ihr seid allesamt einer in Christus Jesus. (Gal 3,28)

Und Paulus sah eine Erscheinung bei Nacht: Ein Mann aus Makedonien stand da und bat ihn: „Komm herüber nach Makedonien und hilf uns!“ Als er aber die Erscheinung gesehen hatte, da suchten wir sogleich nach Makedonien zu reisen, gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen. (Apg 16,9f.)

Wir haben uns mit diesem Bischofsbericht der Blickrichtung des Paulus angeschlossen, der einen Auftrag für Europa erhalten hat. Wir haben als europäische Landeskirche Europa aus christlichem Blick wahrzunehmen versucht und aus dieser Perspektive Wertvorstellungen für Europas Fortbestehen und seine Weiterentwicklung formuliert.

Wir haben dabei die Rolle von Christinnen und Christen, von Kirchen in Europa bedacht und bereits geleistete und mögliche Beiträge der Kirchen beleuchtet.

Diesen Bischofsbericht möchte ich daher mit zwei Aufforderungen und Ermutigungen verbinden.

Zuerst möchte ich noch einmal betonen: Europa fängt bei uns an! Machen Sie also Europa zu Ihrem Thema – persönlich, in unseren Kirchengemeinden, in unserer Landeskirche!

Zuerst möchte ich noch einmal betonen: Europa fängt bei uns an! Machen Sie also Europa zu Ihrem Thema – persönlich, in unseren Kirchengemeinden, in unserer Landeskirche!

Dieser Bericht geht davon aus, dass wir einen Auftrag haben, uns in unseren Lebensumfeldern einzubringen: im Nahbereich in unseren Kirchengemeinden, in den Dörfern, Landkreisen, in der Landeskirche, im Bundesland, in Deutschland, aber eben auch darüber hinaus: Darum will ich heute die Kirchen ermutigen, die Stimme des Evangeliums auch und besonders in Europa einzubringen. Jeder Einzelne kann das Engagement für Europa in seinem Leben umsetzen.

Die Gemeinden sind mit ihrer lokalen Anbindung und dem gleichzeitigen Engagement für überregionale und transnationale Partnerschaften die kleinsten lebendigen Bausteine eines engvernetzten Europas und in ihren Beziehungen zu den anderen Teilen der Welt auch europäische Botschafter. Die Landeskirche versteht sich weiterhin als europäischer Partner für Menschen, Kirchen und Politik.

Unsere Arbeit im europäischen Kontext wollen wir gerade jetzt fortführen und intensivieren, mit Leidenschaft bringen wir uns in den Ausbau europäischer kirchlicher Netzwerke ein. Wir bleiben im intensiven Austausch mit dem Büro der EKD in Brüssel und verstehen uns als Teil der – evangelischen wie ökumenischen – Gemeinschaft der europäischen Kirchen.

Europa *ist* unser Thema! Setzen wir uns damit auseinander und gestalten wir Europa mit!

Die zweite Aufforderung lautet – ich richte sie an alle Kirchenmitglieder: Wählen Sie Europa!

Die zweite Aufforderung lautet – ich richte sie an alle Kirchenmitglieder: Wählen Sie Europa!

Das meine ich im doppelten Wortsinn. Zunächst bedeutet es: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht bei der Europawahl Gebrauch. Und: Setzen Sie Ihre Stimme zur Stärkung Europas ein.

Am 26. Mai 2019 steht viel auf dem Spiel. Diese Wahl ist von hervorgehobener Bedeutung (manche reden sogar von einer Schicksalswahl), die zwei extreme Ausgänge haben könnte: *Entweder* wir entscheiden uns für ein Europa, das wieder Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Rassismus zulässt. Ein solches Europa riskierte es, die Abgründe seiner Geschichte zu wiederholen.

Oder das Ergebnis ist die Stärkung des Hauses Europa, eines Europas, das einen würdigen Raum für Menschen bietet, Begegnungen schafft, eines Europas, das sich zu Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Toleranz, Recht und Gerechtigkeit als den gemeinsamen Grundwerten bekennt.

Das Bild eines *solchen* zukünftigen Europas habe ich versucht, aus biblischer Perspektive zu begründen und ihm mit diesem Bericht Nachdruck zu verleihen. Als Christinnen und Christen kennen wir den Grund, das Fundament eines Europas, das für uns das einzig wählbare ist: Christus, der uns Verschiedene zu einem Ganzen macht (Gal 3,28) – der uns Frieden und Versöhnung geschenkt hat und uns dazu beauftragt, den Frieden zu suchen und Versöhnung zu leben, *in* Europa für seine Menschen und *durch* Europa in der Welt.

Wählen Sie *dieses* Europa! Ein Europa für Frieden und Versöhnung, ein Europa aus und auf gutem Grund. Und ermutigen Sie die Menschen – vor allem auch die Jugendlichen, mit denen Sie arbeiten –, ihre Stimme für ein solches Europa einzusetzen. Und das nicht nur am 26. Mai 2019, sondern durch die Gestaltungsmöglichkeiten, die sich uns als Einzelnen und als Kirchen in Europa bieten. Wir sind nach Europa gerufen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart,
im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats, Stuttgart
Redaktion: Oliver Hoesch, Georg Eberhardt, Stefanie Heimann, Dr. Jan Peter Grevel
Titelbild: AdobeStock © chones
Gestaltung und Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Stuttgart

Bestelladresse: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
Telefon 0711 22276-26 | Fax 0711 22276-43
info@evmedienhaus.de | www.evmedienhaus.de



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG